

Inhaltsverzeichnis

1. EnBw	
2. E.ON	
3. Stiftung Offshore-Windenergie	
4. Dirk Notheis	

EnBW

Die **EnBW- Energie Baden-Württemberg AG** mit Sitz in Karlsruhe ist eines der größten Energieunternehmen in Deutschland. Im Jahre 2010 wurde von Baden-Württembergs damaligen Ministerpräsidenten **Stefan Mappus** der Rückkauf von 45% der EnBW-Aktienanteile an das Land Baden-Württemberg veranlasst. Wegen diesem Geschäft wird nun aufgrund des Verdachtes von Untreue gegen **Stefan Mappus** ermittelt, da er für die Aktien zu viel bezahlt haben soll und das Parlament nicht befragt hat. Außerdem steht sie wegen der Zusammenarbeit mit dem russischen Lobbyisten Andrej Bykow in der Kritik.

EnBW Energie Baden-Württemberg AG

Branche	Energie
Hauptsitz	Durlacher Allee 93, 76131 Karlsruhe
Lobbybüro Deutschland	Schiffbauerdamm 1, 10117 Berlin
Lobbybüro EU	c/o Vertretung des Landes Baden- Württemberg bei der Europäischen Union Rue Belliard 60 - 62 B- 1040 Brüssel
Webadresse	http://www.enbw.com

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	2
2 Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen	3
3 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	3
4 Fallbeispiele und Kritik	4
4.1 Rückkauf der EnBW-Aktien	4
4.2 Der Fall Andrej Bykow	5
4.3 Die Stiftung des heiligen Nikolaus	5
4.4 Deutscher Strom aus russischen Atombomben	5
5 Weiterführende Informationen	6
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	6
7 Einzelnachweise	6

Kurzdarstellung und Geschichte

1997 fusionierten zwei süddeutsche Energieunternehmen, die Badenwerk AG und die Energieversorgung Schwaben (EVS) AG zur Energie Baden-Württemberg AG. ^[1] 1999 wurde die Yello Strom GmbH gegründet, die die EnBW AG nun am Stromwettbewerb in ganz Deutschland teilnehmen lassen konnte. Im Jahre 2000 wurden die Neckarwerke Stuttgart AG in die EnBW integriert, 2001 folgte der Verkauf von Aktienanteilen des Landes an das französische Stromunternehmen EdF (Électricité de France). 2010 wurden diese wieder zurückgekauft, was einen Skandal rund um den ehemaligen Ministerpräsidenten **Stefan Mappus** auslöste.

2002 übernahm die **EnBW AG** knapp 30% der Aktienanteile der Stadtwerke Düsseldorf AG von der Stadt Düsseldorf. ^[2] 2003 wurde Utz Claasen Vorstandsvorsitzender der EnBW, welche Position er bis 2007 inne hatte. Daraufhin wurde er von Hans-Peter Villis abgelöst, der zuvor bei [E.ON](#) arbeitete. ^[3] Ab Oktober 2012 übernimmt nun Frank Mastiaux den Vorsitz von EnBW. Auch er arbeitete zuvor als Manager bei [E.ON](#). ^[4]

Das zu EnBW gehörende Unternehmen Yello Strom erhielt 2008 den Negativpreis BigBrotherAward von dem Verein Digitalcourage. Laut Digitalcourage e.V. bekam Yello Strom den Preis wegen der Einführung der Digitalstrom-Technik ohne die Kunden über Datenschutz zu informieren. ^[5]

Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen

Die **EnBW AG** ist ein Konzern mit 20 000 Mitarbeitern und mehreren Gesellschaften. Als Holding übt die Energie Baden-Württemberg AG die Leitungsfunktion des Konzerns aus.

Folgende Gesellschaften sind u.a. Teil des Konzerns: ^[6]

- Strom
 - EnBW Kraftwerke AG
 - EnBW Kernkraft GmbH
 - EnBW Erneuerbare Energien GmbH
 - EnBW Trading GmbH
 - TransnetBW GmbH
 - EnBW Regional AG
 - EnBW Vertrieb GmbH
 - Yello Strom GmbH
 - Watt Deutschland GmbH
- Gas
 - Gasversorgung Süddeutschland GmbH
 - GVS Netz GmbH
- Energie-und Umweltdienstleistungen
 - EnBW Energy Solutions GmbH
 - EnBW Systeme Infrastruktur Support GmbH
 - Stadtwerke Düsseldorf AG
 - EnBW Regional AG

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Die **EnBW AG** ist Mitglied des [Bundesverband der Deutschen Energie- und Wasserwirtschaft](#) (BDEW), der Lobbyarbeit für die großen deutschen Energieunternehmen betreibt. Außerdem sitzt sie im Kuratorium der [Stiftung Offshore-Windenergie](#), die sich für den Ausbau der Offshore-Windenergie einsetzt.

Problematisch ist ein Lobbying-Fall der derzeit Gerichte und Staatsanwaltschaften beschäftigt: Laut [Andrej Bykow](#), einem russischen Lobbyisten, soll er für Lobbyarbeit von EnBW 200 Millionen Euro erhalten haben. Um die Zahlungen zu rechtfertigen wurden laut Aussage von Bykow Scheinverträge zur Lieferung von

Brennstoffen geschlossen. Tatsächlich wurde das Geld aber für Lobbying benutzt: Zur "politischen Landschaftspflege" wurden über eine Stiftung Kirchen und Denkmäler gebaut um so EnBW den Eintritt den Kauf von Anteilen an Gasfeldern oder einen Vertragsschluss für Gaslieferungen zu erleichtern. EnBW dementiert die Vorwürfe und gibt an, nichts von Bykows Aktivitäten gewusst zu haben. Das Geld sollte ausschließlich zur Erfüllung der bestehenden Verträge zur Brennstofflieferung gezahlt werden. ^[7]

Fallbeispiele und Kritik

Rückkauf der EnBW-Aktien

EnBW ist sehr medienpräsent, da es Objekt des umstrittenen Aktienrückkauf des ehemaligen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Stefan Mappus, war. Obwohl der Konzern selbst mit den Unregelmäßigkeiten nichts zu tun hatte, ist es interessant zu sehen, wie er in die Landes- und auch Bundespolitik verwickelt ist.

Im Dezember 2010 geriet Mappus unter Beschuss, weil er als Ministerpräsident im Handstreich einen Rückkauf von 45% Aktienanteilen am baden-württembergischen Energieriesen EnBW über die Bühne brachte. Weder das baden-württembergische Parlament noch das Kabinett der Landesregierung waren eingeweiht oder befragt worden. Der Auftrag zur Vermittlung des Rückkaufs durch Morgan Stanley erfolgte offenbar ohne Ausschreibung. Der Deal kostete nach ersten offiziellen Angaben € 4,67 Milliarden; dieser Betrag wurde später auf € 5,9 Milliarden korrigiert. ^[8] Die Aktien wurden vom französischen Konzern EdF gehalten. ^[9] Im Januar 2011 wurde bekannt, dass Mappus das Parlament in dieser Affäre möglicherweise angelogen haben könnte. Ein juristisches Gutachten durch eine Anwaltskanzlei zur Rechtmäßigkeit des Deals ist offenbar erst nach dem Abschluss der Verträge erstellt worden. ^[10]

Mappus wird Machtmissbrauch und mangelnde Transparenz bei der Abwicklung des Geschäfts vorgeworfen. Seit Juli 2012 ermittelte die Staatsanwaltschaft wegen Untreue gegen Mappus und führte sogar eine Hausdurchsuchung durch. ^[11] Es wurde im Zuge der Ermittlungen aufgedeckt, dass Mappus unter Anleitung seines Jugendfreundes und Deutschlandchefs der Bank Morgan Stanley, Dirk Notheis, das Übernahmegeschäft einfädelt und sodann verfassungswidrig ohne Einbindung des Landesparlaments abwickelte. ^[12] Einen exakten organisatorischen Ablaufplan des Deals, sowie argumentative Hilfestellungen zur Rechtfertigung der Notwendigkeit des Einstiegs des Landes Baden-Württemberg bei EnBW vor den Medien, erhielt Mappus durch Notheis per E-Mail. ^[13] 2014 wurden die Ermittlungen eingestellt. Der Spiegel zitierte dazu die Staatsanwaltschaft über das Verhalten der damals Verantwortlichen: "Denn sie 'haben am 6. Dezember 2010 den Aktienkaufvertrag unterschrieben, ohne die landeshaushaltsrechtlichen Vorschriften zu beachten, die eine genaue Prüfung und Bewertung des Vertrages verlangt hätten', heißt es in der Mitteilung. 'Jedoch konnte ihnen kein vorsätzliches Handeln bezüglich eines Vermögensschadens zum Nachteil des Landes Baden-Württemberg nachgewiesen werden', befindet die Staatsanwaltschaft. Dies aber sei zwingende Voraussetzung des Untreuetatbestandes. 'Ein fahrlässiges Verhalten ist nicht strafbar', schreibt die Behörde. ^[14]

Der Fall Andrej Bykow

EnBW arbeitete eng mit dem russischen Atomlobbyisten Andrej Bykow zusammen. Gerüchteweise soll der Kontakt schon Mitte der 1990er Jahre auf Empfehlung des Bildungsforschungsministerium zustande gekommen sein. Doch schon früh kamen Zweifel an der Zusammenarbeit auf: Bereits 2003/2004 befragte ein Mitarbeiter des EnBW Konzerns einen Abteilungsleiter im Kanzleramt nach Bykow, der daraufhin eine Personenabfrage an den Bundesnachrichtendienst stellte. Das Ergebnis dieser Anfrage ist nicht bekannt, es liegt jedoch "kein Gesprächsvermerk vor". Dennoch wurde die Zusammenarbeit nicht beendet. ^[15]

Die Stiftung des heiligen Nikolaus

Bei der aktuellen Affäre handelt es sich um Millionenbeträge die an die Bykow-Gruppe überwiesen wurden, ohne sichtbare Gegenleistungen. Im Zuge der Affäre ermittelt die Staatsanwaltschaft. Die Geschäftsbeziehungen und einige für die EnBW AG ungünstigen Deals werden im Moment ebenfalls vor Gericht untersucht. Dabei führt die EnBW mehrere Schadensersatzklagen gegen die Bykow-Unternehmensgruppe und mehrere Schadensersatzklagen gegen ehemalige Topmanager des Konzerns. Bei den Geschäften mit der Bykow-Gruppe geht es laut EnBW um unerfüllte Verträge in Höhe von 130 Millionen Euro. Inzwischen wurde in einem Schiedsgerichtsverfahren ein Erfolg erzielt und die Bykow-Gruppe zu einer Zahlung von 24,5 Millionen Euro verurteilt. ^[16] Laut Bykows Aussage waren die geschlossenen Verträge, wie zum Beispiel das Maut- und Nukleartransportsystem "Easy Toll", nur Scheingeschäfte und die Millionene flossen zur "Klimapflege" in eine Stiftung Bykows, die unter anderem Kirchen in Russland baute. Dieses sollte dem Zwecke dienen, Anteile russische Gasfeldern zu erwerben, was der damalige französische EnBW-Großaktionär EdF strikt ablehnte. Bykows Argumentation zu Folge sollte er Lobbyarbeit für den Gasfeldkauf betreiben, während die Verträge um Uran- und Atomlieferungen nur vorgeschoben waren, um die EdF zu täuschen. Aufgrund des Vorwurfs der Scheingeschäfte leitete die Staatsanwaltschaft Mannheim im März 2012 Ermittlungen mit Verdacht auf Steuerhinterziehung, Untreue und Korruption ein. ^[17] Bykow ist Präsident der Stiftung "Heiliger Nikolaus der Wundertäter", die in verschiedenen Dörfern und Städten in Russland den Bau von Kirchen, Denkmälern und Schachschulen mitfinanziert. Das versteht Lobbyist Bykow unter "Klimapflege". Utz Claassen, Vorstandsvorsitzender der EnBW von 2003 bis 2007, steht unter dem Verdacht von Bykows "Klimapflege" gewusst zu haben, was er entschieden dementiert. 2005 erhielt Claassen als erster Deutscher das Kreuz des "Orden des Heiligen Nikolaus", auch im Beisein von Andrej Bykow. ^[18]

Interessant ist, dass EnBW im Juli 2012 einen neuen Gasliefervertrag ausgehandelt hat und so einen direkten Zugang zum russischen Markt erhalten hat. Außerdem setzte der Konzern flexible Gas-Konditionen durch. Laut EnBW Chef Hans-Peter Villis gibt es keine Verbindungen zum Lobbyisten Andrej Bykow in dieser Sache. ^[19]

Deutscher Strom aus russischen Atombomben

Bykow soll noch an einem weiteren deutsch-russischen Atomdeal beteiligt gewesen sein: In deutschen Atomkraftwerken soll seit Jahren, wahrscheinlich seit 2002, russisches Uran aus Militärbeständen verwendet worden sein. 2002 wurde die internationale Abrüstung bei einem G8-Gipfel beschlossen. Aber wohin mit den alten Atombomben? 2004 kam es zu einem Geheimgespräch im Berliner Büro der EnBW mit Putins Vertrautem Waleri Bogomolow, der um ein Treffen mit deutschen Atommanagern gebeten hatte. Andrej Bykow war bei diesem Treffen auch anwesend und vermittelte wahrscheinlich auch den Termin. Während des Treffens sprach Bogomolow Gefahren in der russischen Atomindustrie an und bat die deutschen Atomkonzerne um

Hilfe. Der Abfall aus den ehemaligen Bomben könne gut in deutschen Kernkraftwerken gebraucht werden. So wurde die Verwendung von russischen Brennelementen in deutschen Atomkraftwerken beschlossen. Die Kernkraftwerke Obrigheim und Neckarswestheim (beide EnBW), Brokdorf und Unterweser (beide Eon), sowie das von RWE und Eon betriebene Kraftwerk Grundremmingen wurde mit dem besonderen Uran aus Russland befeuert. EnBW gibt lediglich an, ein solcher Einsatz wäre möglich und gibt den tatsächlichen Einsatz aber nicht zu. Aber wieso diese Diskretion: Aus internen EnBW-Papieren geht hervor, dass das Thema Abrüstung strategisch genutzt werden sollte. Die Uranbrennelemente, die der Abrüstung dienen, geben noch Strom für viele Jahre, weshalb die Restlaufzeiten der Atomkraftwerke neu verhandelt werden sollten. Das Vorhaben, Atomkraftwerke im Dienste der Abrüstung zu nutzen, gefiel den meisten Politikern zu der Zeit gut. Laut einem Bericht der Süddeutschen Zeitung schrieb der Chef der EnBW-Kraftwerke AG, Michael Glaßner an den damaligen EnBW-Vorstandsvorsitzenden Gerhard Goll: "*Überraschenderweise gibt es bei den Grünen dank guten Lobbyings durch die richtigen Leute eine vergleichsweise hohe Akzeptanz*". (...) *Die Bundesregierung weiß allerdings nicht, dass die Zeiträume, die benötigt werden, um all das russische Plutonium in Reaktoren zu verbrennen, doch deutlich länger sind, als die 'Restlaufzeiten' des Energiekonsenses, sodass hieraus der Druck auf eine Verlängerung der Laufzeiten entstehen wird.*" ^[20] Die Geheimhaltungsstrategie des Konzerns gegenüber der Bundesregierung ist skandalös. Erschütternd ist auch die Überzeugung, die Politiker durch Lobbying fest im Griff zu haben. Fragwürdig und problematisch ist auch die Geheimhaltung vor den Stromverbrauchern und Stromverbraucherinnen, die nicht wussten, dass sie durch die Nutzung ihrer Steckdosen zur internationalen Abrüstung beitragen. EnBW kommentierte den Bericht und verwahrt sich gegen den Vorwurf einer pauschalen Täuschung.

Im Falle von EnBW verschaffte Andrej Bykow dem Konzern die russischen Uranbrennelemente aus dem Militärbetrieb. ^[21], ^[22]

Weiterführende Informationen

- Markus Balsler und Uwe Ritzer: Lobbykratie: Wie die Wirtschaft sich Einfluss, Mehrheiten und Gesetze kauft. München 2016. Die Autoren schildern im 2 Kapitel des Buches die Vorgänge um den Konzern EnBW.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Homepage der OEW-Energie](#), abgerufen am 12.09.2012
2. ↑ [Pressemitteilung der EnBW](#), abgerufen am 12.09.2012
3. ↑ [Pressemitteilung der EnBW](#), abgerufen am 12.09.2012
4. ↑ [Pressemitteilung der EnBW](#), abgerufen am 12.09.2012
5. ↑ [bigbrotherawards.de](#) Preisträger 2008, abgerufen am 09.05.2017
6. ↑ [Homepage der EnBW](#), abgerufen am 12.09.2012
7. ↑ [handelsblatt.de vom 12.06.2012](#), abgerufen am 17.09.2012

8. ↑ [Finanzausschuss im Landtag - EnBW-Einstieg kostet sechs Milliarden](#), Stuttgarter Zeitung vom 14. Dezember 2010, abgerufen am 12. Juli 2012.
9. ↑ [Konzern-Übernahme: Mappus wickelte EnBW-Deal mit CDU-Freund ab](#), spiegel-online vom 10. Dezember 2010, abgerufen am 1. Februar 2011
10. ↑ [EnBW-Deal: Mappus soll vor dem Landtag gelogen haben](#), spiegel-online vom 31. Januar 2011, abgerufen am 1. Februar 2011
11. ↑ [Ermittlungen gegen Mappus und Notheis - Schlimmer kann es nicht mehr kommen](#), Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. Juli 2012, abgerufen am 12. Juli 2012.
12. ↑ [Notheis und die EnBW-Affäre - Der Mappus-Flüsterer](#), Frankfurter Rundschau vom 25. Juni 2012, abgerufen am 12. Juli 2012.
13. ↑ [E-Mail von Notheis an Mappus vom 22. November 2010](#), Kontext: Wochenzeitung, abgerufen am 12. Juli 2012.
14. ↑ [EnBW-Deal: Mappus entgeht Anklage](#), Der Spiegel, 29. Oktober 2014, zuletzt aufgerufen am 30.5.2016
15. ↑ [stuttgarter-zeitung.de vom 05.09.2012](#), abgerufen am 17.09.2012
16. ↑ [Stellungnahme der EnBW](#), abgerufen am 17.09.2012
17. ↑ [sueddeutsche.de vom 20.03.2012](#), abgerufen am 17.09.2012
18. ↑ [handelsblatt.de vom 07.09.2012](#), abgerufen am 17.09.2012
19. ↑ [handelsblatt.de vom 12.07.2012](#), abgerufen am 17.09.2012
20. ↑ [sueddeutsche.de vom 15.09.2012](#), abgerufen am 17.09.2012
21. ↑ [sueddeutsche.de vom 15.09.2012](#), abgerufen am 17.09.2012
22. ↑ [sueddeutsche.de vom 26.06.2012](#), abgerufen am 17.09.2012

E.ON

E.ON ist Deutschlands größter Energiekonzern. Er ist im Jahr 2000 aus einer Fusion der Mischkonzerne Viag und VEBA entstanden. Der Unternehmenssitz ist Essen. Von allen deutschen Energiekonzernen betrieb E.ON die meisten Atomkraftwerke.^[1] 2014 gab der Konzern bekannt, sein Geschäft mit konventioneller Energieerzeugung abzugeben und sich stattdessen auf erneuerbare Energien zu konzentrieren.^[2] 2022 sind noch drei Atomkraftwerke am deutschen Netz, eines davon gehört E.ON.^[3]

2019/2020 fand ein Konzernumbau statt. E.ON und RWE vereinbarten, die frühere RWE-Tochter Innogy untereinander aufzuteilen. RWE erhält die erneuerbaren Energien sowohl von Innogy als auch von E.ON. E.ON behält die Sparten Netze und Vertrieb.^{[4][5]}

E.ON	
Rechtsform	Aktiengesellschaft (AG)
Tätigkeitsbereich	Energiebranche
Gründungsdatum	16. Juni 2000
Hauptsitz	Brüsseler Platz 1 45131 Essen
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	Avenue de Cortenbergh 60 1000 Brüssel
Webadresse	eon.com

Inhaltsverzeichnis

1 Geschäftsbereiche	8
2 Lobbystrategien und Einfluss	8
3 Kontakte zu Instituten	9
3.1 Forschungsinstitut für Energie	9

3.2 Energiewirtschaftliches Institut (EWI)	9
4 Fallbeispiele und Kritik	9
4.1 Bundeskartellamt prüft überhöhte Fernwärmepreise	9
4.2 Seitenwechsel und kritikwürdige Einflussnahme auf energiepolitische Entscheidungen	9
4.3 Lobbykampagne für Laufzeitverlängerungen	10
4.4 Klage gegen Spanien vor privatem Schiedsgericht	11
4.5 Bildungsinitiative 3maE	11
4.6 Lobbyisten in Ministerien	12
5 Organisationsstruktur und Personal	12
5.1 Der Vorstand	12
5.2 Lobbyisten	12
6 Weiterführende Informationen	12
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	12
8 Einzelnachweise	12

Geschäftsbereiche

Das Kerngeschäft besteht aus den Geschäftsbereichen Energienetze und Kundenlösungen.

E.ON ist einer der größten europäischen Betreiber von Energienetzen und der größte Verteilnetzbetreiber in Deutschland.^[6] Welche Vorgaben bei Konzessionsverträgen für Strom und Gas in Deutschland zu beachten sind, ist dem [Gemeinsamen Leitfaden von Bundeskartellamt und Bundesnetzagentur zur Vergabe von Strom- und Gaskonzessionen und zum Wechsel des Konzessionsnehmers](#) zu entnehmen.

Der Geschäftsbereich Kundenlösungen umfasst die Versorgung der Kunden in Europa (ohne die Türkei) mit Strom, Gas und Wärme und bietet Produkte und Dienstleistungen, u.a. zur Steigerung der Energieeffizienz und Energieautarkie an.^[7] Das „Energy Infrastructure Solutions“- Geschäft umfasst die Aktivitäten zur Dekarbonisierung von E.ONs Geschäfts- und Industriekunden, wie z.B. Projekte für Quartierslösungen und Fernwärme.

Lobbystrategien und Einfluss

Der Konzern kann auf gute Kontakte zur Politik bauen. Sowohl während der schwarz-gelben Bundesregierung von 2009-2013 als auch während der großen Koalition von 2013-2021 gehörte E.ON-Chef Johannes Teyssen zu den Personen, die sich am häufigsten mit Deutschen Spitzenpolitikern trafen.^{[8][9]}

Laut der freiwilligen Auskunft im [Lobbyregister der EU](#) hat E.ON im Geschäftsjahr 2021 zwischen 1,250,000 - bis 1,499,999 Euro für die Lobbyarbeit bei den EU-Organen ausgegeben und hält 2022 fünf Pässe zum EU-Parlament.^[10] Im deutschen Lobbyregister gibt E .ON an (Stand: 28.02.2022), im Jahr 2021 3.040.001 bis 3.050.000 Euro auszugeben und 11 bis 20 Lobbyist:innen zu beschäftigen.^[11]

Kontakte zu Instituten

Forschungsinstitut für Energie

E.ON stiftete für das Forschungsinstitut für Energie der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule (RWTH) Aachen 40 Millionen Euro und finanziert damit gleich fünf Professuren des Instituts. Einer davon ist [Bruno Thomauske](#), Professor für das Fach "Nuklearer Brennstoffkreislauf". Früher war er bei [Vattenfall](#) - später liefert er entscheidende Gutachten für die Bundesregierung über das Atomendlager Gorleben.^[12]

Energiewirtschaftliches Institut (EWI)

E.ON ist Mitglied des Fördervereins des [EWI](#), der einen einen wesentlichen Einfluss auf die Struktur und Ausrichtung des EWI hat.^[13]

Fallbeispiele und Kritik

Bundeskartellamt prüft überhöhte Fernwärmepreise

2023 hat das Bundeskartellamt Verfahren wegen des Verdachts überhöhter Fernwärmepreise gegen die sieben folgenden Versorgungsunternehmen eingeleitet: Dalkia GmbH, Hamburg; Danpower Energie Service GmbH, Potsdam; Energie SaarLor Lux AG, Saarbrücken; E.ON Hanse Wärme GmbH, Hamburg; RWE Energiedienstleistungen GmbH, Dortmund (früher: ExxonMobil/Favorit Fernwärme GmbH); Stadtwerke Leipzig GmbH, Leipzig; Stadtwerke Rostock AG, Rostock.^[14]

Seitenwechsel und kritikwürdige Einflussnahme auf energiepolitische Entscheidungen

Walter Hohlefelder und Gerald Hennenhöfer

In den verschiedenen Debatten um die Zukunft der deutschen Atomkraft war E.ON stets an höchster Stelle beteiligt. Den rot-grünen „Atomausstieg“ verhandelten im Jahr 2000 für E.ON u.a. [Walter Hohlefelder](#) und [Gerald Hennenhöfer](#) - zwei Personen, die zuvor hintereinander die Abteilung „Reaktorsicherheit“ im Bundesumweltministerium geleitet hatten. Beide wechselten von der Position als "Deutschlands oberster Atomaufseher"^[15] in führende Posten der Vorgängerkonzerne von E.ON. Auf staatlicher Seite verhandelte [Alfred Tacke](#), der wiederum später in die Energiewirtschaft wechselte (siehe unten). Das Ergebnis war ein Vertrag, der von Hohlefelder und Hennenhöfer federführend mitgeschrieben und von den Bundestagsabgeordneten nur noch abgenickt wurde.^[16]

Hennenhöfer wechselte 2009 unter viel Kritik abermals die Seiten und kehrte in das Umweltministerium unter [Norbert Röttgen](#) zurück. Die Deutsche Umwelthilfe sah darin einen Verstoß gegen beamtenrechtliche Vorschriften,^[17] da die Atomaufsicht nun von einem Atomlobbyisten geleitet wurde. Ein SPD-Politiker äußerte Befürchtungen, dass die Personalie eine "Entscheidung zur ungebremsten Laufzeitverlängerung für alte Atomkraftwerke" darstelle und die Stromkonzerne nun keine staatlichen Sicherheitsbedenken mehr zu fürchten hätten.^[18] Tatsächlich setzte der ehemalige E.ON-Manager den Weiterbetrieb des Kraftwerks in [Grafenrheinfeld](#) durch, obwohl dort Gefahr durch einen Riss an einem Druckbehälter drohte.^[19] Als die schwarz-gelbe Bundesregierung die Laufzeitverlängerung mit den Energiekonzernen aushandelte, war

Hennenhöfer ohne das Wissen seines Ministers maßgeblich an den Verhandlungen beteiligt. Im Ausschuss, der sich mit den Schadensersatzklagen im Zuge des Atomausstiegs beschäftigte, wurde Hennenhöfer vorgeworfen, absichtlich rechtsfehlerhafte Begründungen für die Abschaltung von Atomkraftwerken durchgesetzt zu haben. So ignorierte er einen detaillierten Entwurf und leitete nur eine kurze Begründung an die Bundesländer weiter, auf deren Grundlage die Konzerne später Klagen einreichten.^[20]

Werner Müller und Alfred Tacke

2002 strebte E.ON die Übernahme des größten deutschen Gaskonzerns Ruhrgas AG an. Zunächst hatten Bundeskartellamt und Monopolkommission die Übernahme untersagt – es wurde ein Monopol im Gasgeschäft befürchtet. Doch das Wirtschaftsministerium setzte sich per Ministererlaubnis darüber hinweg. Da Wirtschaftsminister Werner Müller sich für befangen erklärte – er hatte zuvor für die E.ON-Vorgängerin Veba gearbeitet – überließ er seinem Staatssekretär Alfred Tacke die Entscheidung.^[21] Trotz heftiger Kritik wurde die "Ministererlaubnis" daraufhin erteilt. Tacke wechselte kurz nach dem Vorfall zu Gunsten von E.ON in den Vorstand der STEAG, einer Tochter der RAG AG, deren größter Aktionär zum damaligen Zeitpunkt E.ON war. Müller erhielt Mitte 2003 den Vorstandsvorsitz der RAG. Außerdem wurde später bekannt, dass er schon während seiner Amtszeit Rentenbezüge von E.ON erhielt.^[22]

Manfred Overhaus

2004 holte Werner Müller den ehemaligen Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Manfred Overhaus, als Berater für Subventionsfragen zur RAG AG. Über eine Tochtergesellschaft erhält das Unternehmen Milliarden an öffentlichen Hilfen vom Staat. Als Regierungsbeamter hatte sich Overhaus zuvor vehement gegen staatliche Subventionen eingesetzt.^[23]

Joachim Lang

Auch der Cheflobbyist der Berliner E.ON-Repräsentanz, Joachim Lang, kam aus der Politik, als er 2007 zu E.ON wechselte: Er arbeitete 2006/2007 als Referatsleiter im Bundeskanzleramt. Zuvor war er langjähriger Mitarbeiter von Norbert Röttgen, dem damaligen Parlamentarischen Geschäftsführers der Unionsfraktion im Bundestag und späteren Umweltminister.^[24]

Lobbykampagne für Laufzeitverlängerungen

Wie die *Tageszeitung* aufdeckte, versuchte E.ON gemeinsam mit anderen Energiekonzernen ab 2008 mit einer massiven Lobbykampagne Stimmung gegen den rot-grünen Atomkonsens zu erzeugen. Das Deutsche Atomforum, ein Zusammenschluss der Betreiber der deutschen Atomkraftwerke RWE, Vattenfall, EnBW und E.ON, hatte die Lobbyagentur [Deekeling Arndt Advisors](#) beauftragt, bis zur Bundestagswahl 2009 einen Meinungsumschwung für die Atomkraft in Deutschland zu erreichen. Unter dem Slogan "Energieverantwortung für Deutschland" sollte eine Grundstimmung gegen die Begrenzung von Laufzeiten für Atomkraftwerke aufgebaut werden.^{[25][26]}

Die gewählten Strategien beinhalteten unter anderem:

- *Medienoffensive*: Platzierung der Botschaften in den wichtigsten Tageszeitungen; Verhinderung atomkritischer Berichterstattung; Zielgruppengespräche mit und Pressereisen für Journalisten
- *Expertenmeinungen*: Pro-Kernkraft-Thesen sollten in Interviews von meinungsstarken Dritt-Akteuren vertreten werden. Der Historiker Arnulf Baring dozierte bei einer Atomveranstaltung als scheinbar unparteiischer Gastredner – obwohl er von DAD beauftragt und die Rede inhaltlich von der Agentur vorbereitet wurde. Sein Vortrag wurde anschließend in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* platziert. Weiterhin wurde versucht, auf Informationsveranstaltungen Einfluss auf Vertreter aus Politik, Gewerkschaften und religiösen Gemeinschaften zu nehmen.
- *Studien*: Joachim Schwalbach, Ökonomie-Professor der Berliner Humboldt-Universität, wurde mit der Studie

"Gesellschaftsrendite der Kernenergie" im Umfang von 135.000 € beauftragt. Diese sollte vor der Bundestagswahl öffentlichkeitswirksam in den Medien platziert werden. Laut Aussage Schwalmbachs wurde diese jedoch nie veröffentlicht, da er "nicht bereit war, ein Gefälligkeitsgutachten zu schreiben."^[27]
- *Erschließung neuer Zielgruppen*: Besonders Frauen und die "Junge Avantgarde" sollten durch die Kampagne angesprochen werden. So wurde die Organisation *Women in Nuclear* unterstützt, vergeblich versucht, Anzeigen in Frauenzeitschriften zu platzieren und eine "Verjüngung" und "Modernisierung" der Debatte um Atomkraft angestrebt.

Im Sommer 2010 erhöhte die Lobby den Druck auf die Bundesregierung mit der Anzeigenkampagne "Energiepolitischer Appell".^[28] Unter Leitung des BDI unterschrieben zahlreiche Wirtschaftsführer, wie etwa E.ON-Chef Johannes Teysen, einen Appell, der die Koalition aus Union und FDP von der Notwendigkeit der Atomenergie überzeugen sollte. Wegen der geplanten Einführung einer Brennelementesteuer drohten die Energiekonzerne sogar mit einer sofortigen Abschaltung der Kernreaktoren.^[29]

Ende 2010 beschloss die schwarz-gelbe Bundesregierung schließlich die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke. Die Verhandlungen wurden als undemokratisch kritisiert, da sie im Geheimen und nur mit den Vertretern der vier großen Energiekonzerne stattfanden.^[30] Erst nach massivem Druck bekam die Öffentlichkeit das Ergebnis der Absprachen zu sehen. Erst dann wurde sichtbar, dass der Vertrag die Interessen der Atomkonzerne weitreichend schützte.^[31] Die Bewertung der Vor- und Nachteile längerer Atomlaufzeiten stützte sich auf eine von der Bundesregierung in Auftrag gegebene Studie. Diese wurde von [Marc Oliver Bettzüge](#) durchgeführt, Inhaber einer Stiftungsprofessur an der Universität Köln. Finanziert wird seine Professur durch einen Verband der deutschen Energiekonzerne, dessen Vizepräsident, E.ON-Chef Johannes Teysen, sich für längere Kernkraftlaufzeiten eingesetzt hatte.^[32]

Der massive Lobbyeinsatz zahlte sich am Ende für E.ON nicht aus. Die Atomkatastrophe von Fukushima und der nachfolgende öffentliche Druck führten im Sommer 2011 zum Ausstieg aus der Laufzeitverlängerung. Mehrere Klagen der Atomkonzerne waren die Folge. E.ON-Chef Johannes Teysen und RWE-Chef Peter Terium schlugen im Februar 2014 vor, die Atomkraftwerke gleich einer "Bad Bank" in eine öffentliche Stiftung zu überführen.^[33] Kritiker befürchteten, dass nach diesem Modell, das Werner Müller im Mai 2015 noch einmal zur Diskussion brachte,^[34] am Ende die Steuerzahler für die "Ewigkeitskosten" haften.

Klage gegen Spanien vor privatem Schiedsgericht

Im August 2015 verklagte E.ON das Königreich Spanien vor einem privaten Schiedsgericht.^[35] Die Eurokrise hatte Spanien zu massiven Haushaltseinsparungen gezwungen, infolge derer 2011 die Subventionen für Ökostrom gesenkt werden mussten. Obwohl sich E.ON bereits zuvor aus Spanien zurückgezogen hatte,^[36] sah sich der Konzern im Recht, Schadensersatz für die veränderten Investitionsrahmenbedingungen zu verlangen. [LobbyControl kritisiert](#) dieses Vorgehen, besonders vor dem Hintergrund einer möglichen Implementierung privater Schiedsgerichtsverfahren im geplanten [TTIP-Abkommen](#).

Bildungsinitiative 3maE

[Lobbyismus an Schulen](#) zählt zu den Lobbystrategien zahlreicher Unternehmen und Verbände. Die [Westenergie AG](#), ein vollständiges Tochterunternehmen von E.ON, betreibt daher die Bildungsinitiative 3maE („entdecken, erforschen und erleben“), welche unter dem Motto "Bildung mit Energie" allgemeine

Informationen zum Thema Energie sowie Karriereoptionen im Energiebereich präsentiert.^[37] Dabei richtet sich die Bildungsinitiative an verschiedene Altersgruppen: Mit Spielen, Experimenten, Videos, Exkursionen und Lernmaterial adressiert 3malE explizit Kinder; die Initiative gibt an, Kindergärten, Kitas und Schulen besondere Aufmerksamkeit zu widmen.^[38] Zugleich werden mit Informationen zu Berufseinstieg, dualen Studium und Ausbildung bei der Tochterfirma **Westnetz** auch Jugendliche und junge Erwachsene in den Blick genommen.^[39]

Lobbyisten in Ministerien

- [Lobbyist im Auswärtigen Amt](#)

→ zur Übersicht [Lobbyisten in Ministerien](#)

Organisationsstruktur und Personal

Die Holding des Konzerns ist die E.ON SE (die E.ON AG ist am 15. November 2012 in die E.ON SE umgewandelt worden)

Der Vorstand

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören:

- Leonhard Birnbaum (CEO), Vizepräsident im Präsidium des [Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft](#) (BDEW) und Vizepräsident der Vereinigung der europäischen Elektrizitätswirtschaft (Eurelectric) sowie stellvertretender Vorsitzender des World Energy Council, Mitglied des Aufsichtsrats der Nord Stream AG
- Thomas König (Chief Operating Officer - Networks), verantwortet den Geschäftsbereich Energienetze

Lobbyisten

- Cheflobbyist ist Alexander Stechert-Mayerhöfer, Senior Vice President Public Affairs & Communications bei der innogy se (E.ON Group)
- Leiterin des Brüsseler Büros (Head of EU Representative Office) ist Susanne Rompel

Weiterführende Informationen

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Hintergrund: Die vier AKW-Betreiber in Deutschland](#) diepresse vom 30.05.2011, abgerufen am 13.10.2022

2. ↑ [Eon gibt Atomenergie, Kohle und Gas auf Süddeutsche Zeitung vom 01.12.2014](#), abgerufen am 13.10.2022
3. ↑ [Atomkraftwerke in Deutschland](#)bmuv.de, vom 03.01.2022, abgerufen am 13.10.2022.
4. ↑ [EON im Fokus: Ein Übergangsjahr für Deutschlands größten Stromversorger](#), finanznachrichten.de vom 27.11.2019, abgerufen am 13.10.2022
5. ↑ [Geplante Übernahme von Innogy](#), Pressemitteilung vom 16.01.2020, abgerufen am 13.10.2022
6. ↑ [Unsere Verteilnetze](#), eon.com, abgerufen am 05.03.2023
7. ↑ [Geschäftsbericht 2021](#), archiv.geschaeftsberichte-downlaod.de, abgerufen am 05.03.2023
8. ↑ [Offene Türen für Kohlelobbyisten](#) Kontext vom 04.12.2013, abgerufen am 13.10.2022
9. ↑ [Offene Türen für Kohle-Fans](#) Die Tageszeitung vom 10.09.2014, abgerufen am 13.10.2022
10. ↑ [EU-Lobbyregister, E.ON SE](#), abgerufen am 13.10.2022
11. ↑ [E.ON SE](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 30.07.2022
12. ↑ [Die Atomlobby unterwandert Universitäten](#) Frankfurter Rundschau vom 02.11.2011, archiviert bei archive.org, abgerufen am 13.10.2022
13. ↑ <https://www.ewi-future-energy.de> future energy business - researched by EW, ewi-future-energy.de, abgerufen am 04.03.2023
14. ↑ [Bundeskartellamt prüft überhöhte Fernwärmepreise](#), bundeskartellamt.de vom 07.03.20023, abgerufen am 24.03.2023
15. ↑ [Energie und Macht](#), Berliner Zeitung vom 03.07.2007, abgerufen am 13.10.2022
16. ↑ ["Die Frage war: ich oder sie?"](#), Deutschlandradio Kultur vom 10.06.2011, abgerufen am 13.10.2022
17. ↑ [Früherer E.on-Mann Hennenhöfer darf nicht als Atomaufseher des Bundes arbeiten](#), Deutsche Umwelthilfe Dezember 2009, abgerufen am 13.10.2022
18. ↑ ["Den Bock zum Gärtner gemacht"](#), Frankfurter Rundschau vom 01.12.2009, archiviert auf archive.org, abgerufen am 14.10.2022
19. ↑ [Merkmals Altlast](#), Frankfurter Rundschau vom 12.09.2012, archiviert auf archive.org, abgerufen am 14.10.2022
20. ↑ [Kritische Beamte stillgelegt](#), Tageszeitung vom 08.03.2015, abgerufen am 14.10.2022
21. ↑ [„Ich bin nicht befangen, aber...“](#), Focus Magazin vom 25.02.2002, abgerufen am 14.10.2022
22. ↑ [Werner Müller bezog als Minister Eon-Rente](#), Berliner zeitung vom 18.01.2005, abgerufen am 14.10.2022
23. ↑ [Overhaus berät die RAG](#), Handelsblatt vom 25.10.2004, abgerufen am 14.08.2015
24. ↑ [Wer lenkt die Lobbyisten?](#), PR Magazin 07/2011, archiviert auf archive.org, abgerufen am 14.10.2022
25. ↑ [Die Geheimpapiere der Atomlobby](#) Die Tageszeitung vom 28.10.2011, abgerufen am 14.10.2022
26. ↑ [Kernenergie: Wie die Atomlobby den Ausstieg vom Ausstieg vorbereiten ließ](#) Spiegel Online vom 29.10.2011, abgerufen am 14.10.2022
27. ↑ [Der ehrbare Professor](#), Die Tageszeitung vom 28.10.2011, archiviert auf archive.org, abgerufen am 14.10.2022
28. ↑ ["Energiepolitischer Appell": BDI verpasst Merkel den Denkmittel](#), Spiegel Online vom 20.08.2010, abgerufen am 14.10.2022
29. ↑ [Die Energieriesen wollen die Regierung erpressen](#), Die Welt vom 15.08.10, abgerufen am 14.10.2022
30. ↑ [Atomabkommen verärgert Korruptionswächter](#), Zeit Online vom 10.09.2010, abgerufen am 14.10.2022
31. ↑ [Revolution mit geheimen Absprachen](#), Zeit Online vom 09.09.2010, abgerufen am 14.10.2022
32. ↑ [Wichtige Energiestudie: Regierungsgutachter steht Stromkonzernen nahe](#) Spiegel Online vom 27.08.2010, abgerufen am 14.10.2022

33. ↑ [Kanzleramt weiß seit Februar vom Thema Atom-«Bad Bank»](#), Süddeutsche Zeitung vom 21.05.2014, archiviert auf archive.org, abgerufen am 14.10.2022
34. ↑ [Müller schlägt AKW-Stiftung für Entsorgung vor](#), WirtschaftsWoche vom 30.05.2015, abgerufen am 14.10.2022
35. ↑ [ICSID Case Details](#), zuletzt abgerufen am 14.10.2022
36. ↑ [Warum Eon nun seine Töchter verkauft](#) Handelsblatt vom 28.11.2014, abgerufen am 14.10.2022
37. ↑ [Was ist 3malE?](#), zuletzt abgerufen am 29.07.2022
38. ↑ Ebd.
39. ↑ [Berufseinstieg](#), zuletzt abgerufen am 29.07.2022

Stiftung Offshore-Windenergie

Die **Stiftung Offshore-Windenergie** setzt sich für den Ausbau der Offshore-Windenergie in Deutschland und Europa ein und will die Rolle der Offshore-Windenergie im Energiewettbewerb stärken. Problematisch für den Ausbau der Offshore-Windenergie bleibt die Zurückhaltung von privaten Investitionen. Um dies zu ändern, wurde am 29.08.2012 ein Gesetzesentwurf beschlossen, der mögliche entstehende Mehrkosten auch auf die Verbraucherinnen und Verbraucher umlegt und die Bürgerinnen und Bürger in Haftung nimmt, um das Risiko für private Investoren zu mindern. ^[1] Dieser Gesetzesentwurf ist im Sinne der **Stiftung Offshore-Windenergie**, die im Zuge der Diskussion um den Gesetzesentwurf in Kritik geriet. In einem Artikel im Magazin "Der Spiegel" vom August 2012 ^[2] wird die Nähe der Stiftung Offshore-Windenergie zur Wirtschaft und Politik kritisiert.

Stiftung der deutschen Wirtschaft für die Nutzung und Erforschung der Windenergie auf See (Offshore-Stiftung)

Rechtsform	Stiftung des bürgerlichen Rechts
Tätigkeitsbereich	Windkraft, Energie, Klima- und Umweltschutz
Gründungsdatum	2005
Hauptsitz	Oldenburger Str. 65, 26316 Varel
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	offshore-stiftung.com

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	14
2 Organisationsstruktur und Personal	15
2.1 Verbindungen	15
2.2 Finanzen	15
3 Lobbystrategien und Einfluss	16
4 Weiterführende Informationen	16
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	16
6 Einzelnachweise	16

Kurzdarstellung und Geschichte

Die **Stiftung Offshore-Windenergie** wurde im Jahr 2005 als Initiative und unter Moderation des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU, Jürgen Trittin - Bündnis 90/Die Grünen) gegründet. An der Gründung beteiligt waren auch die Küstenländer und Wirtschaftsbetriebe aus den betreffenden Branchen. Unter Beachtung der Auswirkungen auf die Meeresumwelt soll die Windenergie erforscht und weiterentwickelt werden und so der Umwelt- und Klimaschutz gefördert werden. ^[3] Die

Stiftung bezeichnet sich als neutral, unabhängig und überparteilich. In ihrem Kuratorium sitzen große Stromversorgerunternehmen, Versicherungsunternehmen und Maschinen- und Anlagenbauer sowie vier Bundesministerien und Ministerien verschiedener Bundesländer. Dem wissenschaftlichen Beirat gehören über 20 Universitäten und Forschungseinrichtungen an sowie das Umweltbundesamt und das Bundesamt für Naturschutz. [Wissenschaftlicher Beirat](#)

Organisationsstruktur und Personal

Die Stiftung setzt sich aus dem Präsidium, dem Vorstand und dem Kuratorium zusammen.

Präsidium

- Jens Eckhoff (Umweltsenator a.D. des Landes Bremen)
- Klaus Rave (u.a. Vorsitzender des WindEnergieZirkel Hase e.V.)

Vorstand

- Ursula Prall (Vorsitzende; Rechtsanwältin)
- Knud Rehfeldt (stellvert. Vorstandsvorsitzender; Geschäftsführer Deutsche WindWeitere MitgliederGuard GmbH)

weitere Mitglieder hier: [Vorstand](#)

Kuratorium

Mitglieder des [Kuratorium](#)

Verbindungen

Die **Stiftung Offshore-Windenergie** leitet die "Arbeitsgemeinschaft Beschleunigung zur Optimierung der Netzanbindung der Offshore-Windparks". Die Arbeitsgemeinschaft wurde im Januar 2012 auf Initiative von Wirtschaftsminister **Rösler** gegründet. Beteiligt an der Arbeitsgemeinschaft sind das **Bundeswirtschaftsministerium**, das Bundesumweltministerium, die **Bundesnetzagentur**, das Bundesamt für Seeschifffahrt- und Hydrographie und Akteure aus der Wirtschaft, wie Netzbetreiber, Betreiber von Offshore-Windparks, Zulieferindustrie und die Versicherungsbranche. Im März 2012 kam es zu einem Treffen der AG mit den Bundesministern Rösler und **Röttgen**, währenddessen der Bundesregierung Vorschläge zur Beschleunigung der Netzanbindung gemacht wurden.^[4] Die **Stiftung Offshore-Windenergie** organisiert zudem eine Wanderausstellung "Faszination Offshore", die zu 50% vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit finanziert wird.^[5] Das **Bundeswirtschaftsministerium** hat die Schirmherrschaft für den Arbeitskreis "Vernetzung der maritimen Wirtschaft mit der Offshore-Windkraftbranche" übernommen, die im Mai 2010 gegründet wurde.^[6] Außerdem ist die **Stiftung Offshore-Windenergie** die Besitzerin der Genehmigungsrechte für den Testwindpark "Alpha Ventus".

Finanzen

2005 stattete der damalige Bundesumweltminister Jürgen Trittin die Stiftung mit 5 Millionen Euro aus, um den Bau des Testparks *alpha ventus* in der Nähe der Insel Borkum voranzutreiben. Sie erwarb daraufhin die Genehmigungsrechte für den Testpark und bekommt seitdem 200 000 Euro Pachtgebühren im Jahr vom Windparkbetreiber.^[7]

Lobbystrategien und Einfluss

Die **Stiftung Offshore-Windenergie** befindet sich in der Lage, dass ihre Ziele mit den Zielen der Bundesregierung übereinstimmen. Durch ihre Nähe zur Bundesregierung, vor allem durch die enge Zusammenarbeit mit den Bundesministerien für Wirtschaft und Umwelt, ist ihr Einfluss hoch einzuschätzen. Sie dient als praktikable Plattform zur Kommunikation zwischen Wirtschaft und Politik, da sowohl Bundesministerien im Kuratorium sitzen, als auch große Energieunternehmen, die Versicherungsindustrie und Finanzindustrie.

Diese Konstellation ist sehr problematisch. Der engen Zusammenarbeit von Politik und Wirtschaft fehlt im Falle der **Stiftung Offshore-Windenergie** die nötige Transparenz. Diese Art von Beziehungen ohne Teilnahme Dritter kann problematisch sein.

Ein Ergebnis der erfolgreichen Lobbyarbeit der Stiftung ist der Kabinettsbeschluss vom 29.08.2012: Die Bundesregierung beschloss einen Gesetzesentwurf für Offshore-Haftungsregeln und die Einführung eines Offshore-Netzentwicklungsplanes, ganz im Sinne der **Stiftung Offshore-Windenergie**. Auch der **Bund der Deutschen Energie- und Wasserwirtschaft**, der besonders für die vier großen Energieunternehmen steht, zeigte sich mit dem Kabinettsbeschluss zufrieden. ^[8] Dieser Beschluss fördert vor allem die großen Energieunternehmen, kleinere Energieunternehmen können davon nicht profitieren. Die Kosten der Neuerungen müssten von den Bürgern getragen werden, die Energieunternehmen müssen nicht mit Verlusten rechnen.

Weiterführende Informationen

- [Hoempage der Stiftung OFFSHORE-WINDENERGIE](#)
- Fröhlingsdorf, Michael: Seltsame Nähe. Der Spiegel, Heft 35/2012.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Neue Ökostrom-Umlage kostet eine Milliarde Euro, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29.08.2012](#), abgerufen am 07.09.2012
2. ↑ [Fröhlingsdorf, Michael: Seltsame Nähe. Der Spiegel, Heft 35/2012\]](#)
3. ↑ [Homepage der Stiftung OFFSHORE-WINDENERGIE](#), abgerufen am 05.09.2012
4. ↑ [Pressemitteilung des BMU](#), abgerufen am 06.09.2012
5. ↑ [Homepage der Stiftung OFFSHORE WINDENERGIE](#), abgerufen am 07.09.2012
6. ↑ [Homepage der Stiftung OFFSHORE-WINDENERGIE](#), abgerufen am 07.09.2012
7. ↑ [Pressemitteilung des BMU](#), abgerufen am 06.09.2012
8. ↑ [Hildegard Müller zu den geplanten Regelungen zu Offshore-Netzanbindungen](#), abgerufen am 13.09.2012

Dirk Notheis

Dirk Notheis (*30. April 1968 in Ettlingen), CDU, Gründer und Geschäftsführer von Rantum Capital Management GmbH sowie Mit-Herausgeber des Magazins "Cicero", war bis Juli 2012 Vorstandsvorsitzender der **Morgan Stanley** Bank AG, einem Unternehmen der Morgan Stanley Gruppe. Beim Rückkauf des EnBW-Anteils durch die baden-württembergische Landesregierung unter Ministerpräsident **Stefan Mappus** (CDU) wurde Notheis im Untersuchungsausschuss des Landtags als der eigentliche Strippenzieher der Transaktion entlarvt. Nachdem die Staatsanwaltschaft gegen Mappus ein Verfahren wegen Untreue eingeleitet hatte - und gegen Notheis wegen Beihilfe dazu, trat Notheis im Juli 2012 als Vorstandsvorsitzender zurück.

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	17
2 Wirken	17
3 Zitate	18
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	18
5 Einzelnachweise	18

Karriere

- 2021 Beteiligung am Res Publica Verlag (Publikationen: "Cicero" und "Monopol")^[1]
- 2013 Gründung der Rantum Capital Capital Management GmbH^[2]
- Juli 2012 Rücktritt als Vorstandsvorsitzender wegen der **EnBW-Affäre**
- Ende Juni 2012 „Auszeit“ als Vorstandsvorsitzender aufgrund der massiven Kritik an seinem Verhalten in der **EnBW-Affäre**
- 2009 Vorsitzender des Vorstands der **Morgan Stanley** Bank AG und Country Head für die Länder Deutschland und Österreich Ausgewählte Transaktionen
- 2006 Mitglied des Vorstands der Morgan Stanley Bank AG
- 1999 Leitende Tätigkeit bei der Morgan Stanley Bank AG
- 1995 Tätigkeit bei der Südwestdeutschen Genossenschafts-Zentralbank AG (SGZG) in Frankfurt (zuletzt verantwortlich für Firmenkunden und Corporate Finance)
- 1992 Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Ministers im Staatsministerium von Baden Württemberg, Erwin Vetter
- Dr. rer. pol. an der Universität Stuttgart
- Studium der Betriebswirtschaft an der Universität Mannheim (Dipl.-Kaufmann)

Quellen: ^[3]^[4]

Wirken

Strippenzieher beim Rückkauf des EnBW-Anteils durch die baden-württembergische Regierung unter Ministerpräsident **Stefan Mappus**

Ende 2010 hatte die schwarz-gelbe Landesregierung unter dubiosen Umständen am Landtag vorbei die Anteile am drittgrößten Energieversorger Energie Baden-Württemberg AG (**EnBW**) von der Electricité de France (EdF) zurückgekauft. Maßgeblich beteiligt an dem Deal waren Ministerpräsident Mappus (CDU) und

sein Parteifreund Dirk Notheis, Vorstandsvorsitzen der Morgan Stanley Bank AG. Dieser hatte als Landesvorsitzender der Jungen Union Mappus den Weg ins Kabinett gebahnt. Dem Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der näheren Umstände der Transaktion wurden im Juni 2012 E-Mails präsentiert, die belegen, dass Mappus als Ministerpräsident nur „so etwas wie ein williger Schauspieler in Notheis' minutiöser Inszenierung [war]“^[5] Am 22. November hatte Notheis für Mappus bis ins letzte Detail aufgeschrieben, wen er vor Bekanntgabe des Aktienankaufs anrufen muss, was in der Pressemitteilung stehen soll, wie „Timing /Ablauf am D-Day“ aussehen sollen.^[6] Sogar Vorschläge für Scherze lieferte Notheis dem Ministerpräsidenten: „Rückverstaatlichung ist doch Sozialismus? Wie unterscheiden Sie sich eigentlich noch von Sigmar Gabriel?“ So könnte eine Journalistenfrage lauten; der Antwortvorschlag des Investmentbankers: „Ich bin erhebliche Kilo leichter :-)! Scherz beiseite.“ Nach Auffassung der FAZ rückt jetzt die Frage in den Mittelpunkt, die der Ausschussvorsitzende Ulrich Müller (CDU) schon bei der ersten Sitzung formuliert hatte: Darf der Staat sich zur Marionette einer Investmentbank machen? Kann es sein, dass ein Ministerpräsident - trotz gut bezahlter Berufsbeamter- sich in diesem Umfang von außen steuern lässt? Zu den weiteren verblüffenden Details gehört, dass Notheis kurz vor dem Abschluss des Rückerwerbs in einer Nachricht an den französischen Chef von Morgan Stanley, René Proglío, erklärte, 40 Euro je Aktie seien „mehr als üppig, wie wir beide wissen“.^[7] Als EdF zögert, droht er, Mappus werde notfalls Kanzlerin Angela Merkel (CDU) einschalten, die Präsident Nicolas Sarkozy alarmiere. Notheis entsprach auch dem Wunsch von Mappus, die 17 Millionen-Rechnung von Morgan Stanley erst nach der Wahl zu überweisen. „Für Dich mach ich doch alles“ antwortet Notheis.^[8] Der baden-württembergische Rechnungshof kritisierte, beim EnBW-Deal seien Vorschriften grob verletzt und der Unternehmenswert nicht ausreichend geprüft worden^[9] Aufgrund der parteiübergreifenden massiven Kritik an seinem Verhalten nahm Notheis Ende Juni eine „Auszeit“ als Vorstandsvorsitzender der Morgan Stanley Bank AG. Im Juli 2012 leitete die Stuttgarter Staatsanwaltschaft unter Bezug auf das Gutachten des Landesrechnungshofs gegen Mappus ein Verfahren wegen Untreue ein - und gegen Notheis wegen Beihilfe dazu.^[10] Danach schied Notheis aus dem Vorstand aus.^[11]

Zitate

Notheis war es, der Mappus ein ausformuliertes ausführliches „Script“ für den Presseauftritt schickte, samt Ablaufplan für den „D-Day“ und Tipps, wie er die Öffentlichkeit vom Staatskapitalismus überzeugen wolle, denn „so ein Deal ist nicht ganz einfach für Ordoliberale. Du solltest idealerweise einen renommierten Volkswirt haben, der das Ganze gut findet“, mailt der Banker dem Politiker. „Es sollte jemand sein, der Dir einen Gefallen schuldet.“^[12]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

- ↑ Notheis kauft Anteile, kress.de vom 05.01.2021, abgerufen am 20.05.2022
- ↑ Notheis geht unter die Mittelstands-Investoren, faz.net vom 04.02.2013, abgerufen am 20.05.2022
- ↑ myonid.de abgerufen am 10.04.2017
- ↑ Website Rantum Capital: Team, zugegriffen am 07.04.2017
- ↑ Roman Deininger und Max Hägler: Stuttgarter Altlasten, Süddeutsche Zeitung vom 20. Juni 2012
- ↑ Rüdiger Soldt: ENBW-Deal Delikate Details FAZ vom 19. Juni 2012, abgerufen am 10.04.2017

7. ↑ [Zweifelhafter ENBW-Deal](#) Handelsblatt vom 20. Juni 2012, abgerufen am 10.04.2017
8. ↑ [Zweifelhafter ENBW-Deal](#) Handelsblatt vom 20. Juni 2012, abgerufen am 10.04.2017
9. ↑ [Rechnungshof rügt Rückkauf des Stromerzeugers Ohrfeige für Mappus' EnBw-Deal](#) Süddeutsche Zeitung vom 26. Juni 2012, abgerufen am 10.04.2017
10. ↑ [EnBW-Affäre Morgan-Stanley-chef Notheis tritt ab](#) Süddeutsche Zeitung vom 17. Juli 2012, abgerufen am 10.04.2017
11. ↑ [LobbyPlanet Berlin](#), Neuauflage 2015, von LobbyControl e.V., S 245f
12. ↑ [Mappus war gesteuert](#) faz.net vom 16.6.2012, abgerufen am 10.4.2017